

Modul 1 & 2

Inhalt

| | |
|---|----|
| Modul 1..... | 3 |
| Einführung in das Gesetz | 3 |
| Einführung in das Gesetz | 3 |
| Was ist Gesetzgebung? | 8 |
| Kodifizierung des Gesetzes..... | 9 |
| Funktionen des Rechts | 9 |
| Zusammenfassung | 11 |
| Quiz | 12 |
| Modul 2 | 15 |
| Einführung ins europäische Recht | 15 |
| Einführung..... | 15 |
| Was ist die EU?..... | 16 |
| Grundsatz der Übertragung..... | 18 |
| EU-Recht und Rechtsquellen..... | 20 |
| Zusammenfassung | 24 |
| Quiz | 25 |
| Quellen | 27 |

1.

Modul 1

Einführung in das Gesetz

Nach dem Studium dieses Kapitels sollten Sie in der Lage sein, folgendes zu verstehen:

- die Bedeutung und Natur des Gesetzes,
- die Klassifizierung des Gesetzes,
- wie das Gesetz operiert,

Einführung in das Gesetz

Was ist das Gesetz?

Das Gesetz ist eine Reihe von Regeln, die einen tiefen Einfluss auf unser Leben haben. Wie die Menschen von der Geburt bis zum Tod leben und sich verhalten, wird durch Gesetze beeinflusst. In den meisten Gesellschaften regeln Gesetze die Art, wie wir arbeiten, die Art und Weise, wie wir uns entspannen und sogar die persönlichen Beziehungen, die wir bilden. Das Gesetz entwickelt sich ständig weiter; Während unsere Gesellschaften immer komplizierter werden, wird das Gesetz auch immer komplizierter. Daher gibt es derzeit verschiedene Statuten (Gesetze), die verschiedene Aspekte unseres Lebens regeln. Zum Beispiel für ein Unternehmen zu arbeiten unterliegt mehreren Gesetzen, Gesetzen, die die Arbeitsbedingungen regeln (z. B. durch die Festlegung von Mindeststandards für Gesundheit und Sicherheit), Gesetze, die die Beendigung des Arbeitsverhältnisses regeln, Gesetze, die das Verhältnis der

Arbeitnehmer regeln (Gleichbehandlung des Arbeitnehmerrechts). Arbeitsrecht in diesem Sinne betrifft Arbeitsverhältnisse und -umfelder. Es bietet Mindeststandards für Löhne und Arbeitssicherheit. Das Strafrecht verbietet bestimmte antisoziale Verhaltensweisen wie Alkoholkonsum und Personen- und Sachdelikte. Das Familienrecht regelt Fragen des Eigentums und der häuslichen Angelegenheiten.

Alle Gesetze sind Regeln, aber nicht alle Regeln sind Gesetze (*1). Ein Gesetz ist eine Regel, die durch die Gerichte vollstreckbar ist. Ein Gesetz ist eine Regel, die von einer Gesetzgebungsbehörde wie einem Parlament festgelegt wurde und die für jede Person innerhalb einer Gerichtsbarkeit größtenteils bindend ist. Gesetze regeln die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern sowie die Beziehungen zwischen den Bürgern. Deshalb sagt Ihnen das Gesetz:

- Was sie tun müssen (ihre Pflichten)
- was sie tun dürfen (ihre Rechte)
- was sie nicht tun müssen (ihre Pflichten)

Es gibt jedoch mehrere Regeln, die uns sagen, was zu tun ist, z.B. Regeln des sozialen Verhaltens sagen uns, wir müssen höflich zu unseren Nachbarn sein. Der Unterschied zwischen Gesetzen und Regeln des sozialen Verhaltens ist, dass die letzteren nur von der Gesellschaft auferlegte Normen sind, die keine Folgen haben, wenn man ihnen nicht folgt, anders als möglicherweise die Marginalisierung der Person, die nicht dem entspricht, was eine Gemeinschaft als angemessenes Verhalten ansieht. Eine Regel in einem Spiel oder Sport ist wahrscheinlich kein Gesetz. In ähnlicher Weise sind soziale Normen wie das Vermeiden, mit dem Mund voll zu sprechen oder ungerne von Toten zu sprechen, wahrscheinlich keine Gesetze, da sie vor Gericht nicht durchsetzbar sind. Nicht rechtsverbindliche Regeln sind lediglich Reflexionen darüber, was eine gegebene Gesellschaft als akzeptables, normales und angemessenes Verhalten ansieht (*2).

¹Richard Chisholm, Garth Nettheim and Helen Chisholm, *Understanding Law* (LexisNexis Butterworths 2012).



<http://www.accidentlawkc.com/>

Klassifizierung des Rechts

Wie besprochen, gibt es verschiedene Gesetze, die das Rechtssystem ausmachen. Um die Verwendung solcher Gesetze sowohl durch Gerichte als auch durch Zivilisten zu vereinfachen, tendiert die Rechtstheorie dazu, das Gesetz in verschiedene Kategorien einzuteilen. Zu diesen Kategorien gehören:

1) Öffentliches und Privatrecht. Die Hauptunterschiede zwischen privatem und öffentlichem Recht sind in der folgenden Grafik von pediaa (*3)dargestellt:

²Roscoe Pound, An Introduction to the Philosophy of Law (Yale University Press 2016).

³<http://pediaa.com/difference-between-public-and-private-law/>

PUBLIC LAW
VERSUS
PRIVATE LAW

| | |
|---|--|
| Public Law aims to protect the public interest | Private Law seeks to protect private interests |
| Individuals and the state are the main parties involved | Private entities or organizations acting in the private capacity are the main parties involved |
| Ensure the public interest of the general population | Secure private interests/freedom of the individuals in the community |
| Responsible for regulating a harmonious relation between the citizens and the state | Responsible for regulating the activities between two or more private entities in a just and fair manner |
| Penal sanctions are more severe | Sanction usually include the payment of damages |

Pedion.com

Das öffentliche Recht betrifft das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern. Dieses Gesetz umfasst mehrere Unterkategorien:

Verfassungsrecht bezieht sich auf die Funktionsweise der Verfassung jedes Landes. Sie regelt das Funktionieren der drei wichtigsten Regierungszweige, nämlich der Legislative, der Judikative und der Exekutive, und enthält eine Rechnung der Bürgerrechte.

Verwaltungsrecht ist das Gesetz, das die Funktionen der Regierung und die Rolle, die sie für ihre Bürger spielt, regelt; Dieses Rechtsgebiet regelt Bereiche wie die Bereitstellung einer staatlichen Altersrente, Einkommensunterstützung, Kindergeld, Erteilung von Genehmigungen usw. Das Strafrecht bezieht sich auf die Bestrafung von Straftätern. Bestimmte Verfehlungen stellen eine ernsthafte Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung dar und gelten als Verstöße / Verbrechen gegen die

Gesellschaft. Das Strafrecht macht solche Verfehlungen oder Straftaten vom Staat strafbar. Das Strafrecht regelt auch die Befugnisse des Staates bei der Festnahme, Strafverfolgung und Bestrafung von Straftätern.

Das Privatrecht ist das Recht, das die Beziehungen zwischen Privatpersonen, sowie ihre Rechte und Pflichten festlegt. Der Staat greift in dieses Rechtsgebiet nur ein, um eine zivilisierte Streitbeilegungsmethode zu schaffen. Daher ist es in solchen Fällen Sache des Individuums, ein Gerichtsverfahren gegen eine andere Person einzuleiten (z. B. wenn Ihr Nachbar zu laut Musik spielt, wird sich der Staat nicht einmischen, es sei denn, Sie führen ein Gerichtsverfahren gegen sie). In ähnlicher Weise umfasst das Privatrecht (oder das Zivilrecht, wie es auch genannt wird) auch mehrere Gesetze, die am besten anhand des Gegenstands klassifiziert werden, auf den sie sich beziehen. Zum Beispiel umfasst das Privatrecht:

Familiengesetz; dieses Gesetz regelt Familienangelegenheiten wie Ehe, Scheidung, Eigentumsverhältnisse, Sorgerecht für Kinder und Kindergeld.

Vertragsrecht; umfasst die Bildung, den Betrieb, die Verletzung und die Erfüllung von Verträgen, z. B. regelt das Vertragsrecht Mietverträge, Verträge für den Kauf von Waren usw. Wenn Sie zum Beispiel ein Auto kaufen, müssen Sie, um sicherzustellen, dass Sie rechtmäßig Eigentum erworben haben, die vertragsrechtlichen Bedingungen erfüllen.

Verletzungsrecht; regelt bürgerliches Unrecht. Wenn Sie zum Beispiel in einen Supermarkt gehen und Sie wegen des rutschigen Bodens, der nicht richtig als rutschig markiert wurde, fallen, haben Sie möglicherweise das Recht, eine Klage gegen den Supermarktbesitzer aufgrund des Deliktsrechts zu erheben.

Landrecht; regelt das Eigentum an unbeweglichem Vermögen.

Wirtschaftsrecht usw.

Substanz- und Verfahrensrecht

Das Verfahrensrecht legt das Verfahren fest, das von Gerichten und anderen Rechtsinstrumenten zu befolgen ist. Es beantwortet die Fragen, welches Verfahren das Gericht befolgen sollte, um ein falsches zu korrigieren (z.B. sollte es Zeugenaussagen hören, kann es illegal erhaltene Dokumente als Beweis akzeptieren, welches Gericht ist für die Verhandlung zuständig, etc.) und ob das Verfahren legal und fair befolgt wurde. Das materielle Recht bezieht sich im Gegenteil auf unsere gesetzlichen Rechte und Pflichten; es geht darum, was wir können und was nicht, nicht mit dem Prozess. In

dieser Hinsicht sind das Familienrecht, das Deliktsrecht und das Landrecht materielle Gesetze.

Was ist Gesetzgebung?

Gesetzgebung wird auch als Statut oder Gesetz bezeichnet. Es ist ein Gesetz, das von einem Leitungsorgan, oft Parlament, verabschiedet wird. Die Behörde mit der Befugnis zur Verabschiedung von Rechtsvorschriften wird als Legislative bezeichnet. Die Mitglieder des Gesetzgebers werden in der Regel einen Gesetzentwurf vorbereiten, der normalerweise vom Gesetzgeber weiter geprüft werden muss, um ein Gesetz zu werden. Es gibt verschiedene Gründe für eine Gesetzgebung. Einige Statuten werden erlassen, um bestimmte Handlungen zu regeln, typischerweise zu verbieten. In anderen Fällen werden sie entwickelt, um bestimmte Leitungsgremien zu autorisieren, ihre Rolle mit mehr Autorität auszuüben. Es gibt noch andere Gründe, z. B bestimmte Zuschüsse anzubieten. In vielen Fällen werden Rechtsvorschriften auf der Grundlage oder im Gegensatz zu einigen nichtlegislativen Maßnahmen entwickelt, die von einigen Leitungsgremien angewandt wurden (*4).

Gesetzgebende Organe wie der Kongress oder das Parlament debattieren über Gesetzesvorlagen, bevor sie genehmigt werden. Die Billigung eines Gesetzes hängt normalerweise von den Prioritäten der Leitungsgremien ab. Personen, die solche Rechnungen billigen können, werden als Gesetzgeber bezeichnet. Die Judikative bezieht sich auf die Gerichte, die die Gesetzgebung interpretieren müssen, während die Exekutive sich auf den administrativen Bereich der Regierung bezieht, die Gesetze zur Förderung von Regierungsprojekten erlassen (*5).

4Kath Hall, Legislation (Butterworths 2002) 5Chisholm R., Netheim G. & Chisholm H., Understanding Law (LexisNexis Butterworths 2012)

Kodifizierung des Gesetzes

Kodes sind systematische Anordnungen von Gesetzen zu ähnlichen Themen. Kodifizierung des Rechts ist der Prozess, durch den eine große Anzahl fragmentierter Statuten in einen organisierten Code umgewandelt wird. Es bedeutet, dass alte Rechtsquellen wie Normen, Werte, Entscheidungen alter Gerichtsverfahren oder Teilsatzungen in eine organisierte Informationseinheit umgewandelt werden. Laut Salmond ist die Kodifizierung eine Reduktion eines ganzen Gesetzes in praktikable und in Kraft gesetzte Form. Kodifizierung führt zu erhöhter Sicherheit. Es erleichtert auch Laien, d. h. Personen ohne juristische Ausbildung, Gesetze zu verstehen. Es gibt jedoch bestimmte Probleme mit der Kodifizierung; seine Starrheit kann zu Schlupflöchern führen. Eine Person, die eine Straftat begeht, kann eine Bestrafung vermeiden, indem sie sich auf technische Abwehrmaßnahmen stützt. Übermäßige Einhaltung von Kodes kann die weitere Entwicklung des Gesetzes ersticken. Außerdem ist es nahezu unmöglich, dass irgendein Kode die großen faktischen Muster berücksichtigt, die im menschlichen Leben vorkommen.

Kode-Typen

Kodes sind Gesetze, die durch Prozesse des Gesetzgebers entwickelt werden (*6).

1 Konsolidierungskodes: In einigen Fällen bringen Kodes bereits bestehende Regeln zusammen. Ein Verhaltenskodex kann Gewohnheitsrechte und Gesetze konsolidieren, etwa im Falle eines Vorkaufsgesetzes des islamischen Rechts.

2 kombinierte Kodes: Es ist möglich, dass ein Gesetzbuch, das erstellt wird, sowohl kreativ ist als auch konsolidierend. Es führt ein neues Gesetz ein und konsolidiert auch alte Gesetze. Solche Codes werden kombiniert bezeichnet.

Funktionen des Rechts

Standards etablieren

Gesetze werden entwickelt, um Standards in der Gesellschaft zu setzen. Gesetze werden oft geschaffen, um Aktivitäten zu kontrollieren, die die Gesellschaft für kriminell hält. Eine Straftat ist eine Tat die so schwer ist, dass die Menschen erwarten,

dass der Staat in ihrem Namen eingreift. Auge um Auge ist eines der frühesten aufgezeichneten Gesetze aus dem Hammurabi Code von 1750 v.

Aufrechterhaltung der Ordnung

Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Gesellschaft ist eine weitere wichtige Funktion des Rechts. Gesetze werden oft aufgestellt, um antisoziales Verhalten zu verhindern und sicherzustellen, dass die Zivilgesellschaft in Ordnung bleibt. Gesetze werden geschaffen, indem gesellschaftliche Normen und Erwartungen berücksichtigt werden. Dies führt zur Aufrechterhaltung der Ordnung, wenn die gleichen Gesetze angewendet werden.

Beilegung von Streitigkeiten

Gesetze helfen bei der Beilegung von Streitigkeiten. In menschlichen Angelegenheiten ist es fast unmöglich, Streitigkeiten vollständig zu vermeiden. Es ist wichtig, dass sich die Konfliktparteien bei Streitfällen, ob sie nun kommerziell sind oder sich auf Verletzungen beziehen, auf eine Reihe von Richtlinien für die Konfliktbewältigung verlassen können. Das Gerichtssystem umfasst ein Bundesgerichtssystem und ein Gerichtssystem, das in jedem Staat existiert (*7). Es gibt andere Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten, wie z. B. alternative Streitbeilegungsverfahren oder ADRs.

Freiheiten und Rechte schützen

Gesetze enthalten oft Mindeststandards für persönliche Freiheiten. Es gibt verschiedene Freiheiten und Rechte, die durch die Verfassung der Vereinigten Staaten und ihrer Gliedstaaten gewährt und geschützt werden. Eine wichtige Rolle des Rechts besteht darin sicherzustellen, dass Rechte und Freiheiten geschützt werden. Es hält die Regierung davon ab, ein Gesetz zu schaffen, das die Redefreiheit der Bürger verletzt. Wenn jemand glaubt, dass seine Rechte von der Regierung oder irgendjemand anderem verletzt werden, können sie vor Gericht gehen, um Gerechtigkeit zu erlangen. Zum Beispiel, wenn John ein Schwarzer wäre, würde das Menschenrechtsgesetz ihn vor Diskriminierung am Arbeitsplatz schützen. Zusammenfassend dienen Gesetze vielen Zwecken. Obwohl wir nur vier Funktionen besprochen haben, gibt es noch viel mehr (*8).

6Schulze R. and Zoll F., The Law Of Obligations In Europe (2015)

7Williams G. and Smith A., Learning the Law

Zusammenfassung

Wie aus diesem Kapitel hervorgeht, sind Gesetze ein grundlegender Satz von Regeln, die bestimmen, wie wir leben. Ohne ein Rechtssystem wäre die Welt eine Katastrophe. Menschen haben Gesetze seit Beginn der Zeit gehorcht, und Gesetze haben die Art, wie wir leben, organisiert. Gesetzgebung und angewandte Gesetze und Vorschriften sind nicht nur als strenge Regeln zu verstehen, sondern sie schützen auch unsere Rechte als Bürger oder sogar als Menschen. Die Wesentlichkeit, Gesetze zu haben, ist keine, die in Worten definiert werden kann. Schau dich um und du kannst sehen, wie Gesetze unsere Lebensweise geprägt haben.

Quiz

1. Alle Gesetze sind Regeln, aber nicht alle Regeln sind Gesetze:

- a. **Wahr**
- b. Falsch

2. Der Körper mit der Autorität, Gesetzgebung zu schaffen, wird genannt:

- a. Richter
- b. **Gesetzgeber**
- c. Ministerpräsident

3. Warum sind Gesetze in unserem Alltag essentiell?

- a. Sorgt für Ordnung
- b. Etabliert Standards
- c. Löst Streitigkeiten
- d. **Alles oben genannte**

4. Was sind die Arten von Kodifizierungen des Gesetzes?

- a. Kombinierte Codes
- b. **Konsolidierende Codes**
- c. Nichts der davor genannten
- d. Alles oben genannte

5. Du solltest ältere Menschen immer siezen. Ist das ein Gesetz?

- a. **Falsch**
- b. Wahr

6. Was ist die Strafe für Betrug an deinem Ehemann?

- a. Verwaltungsgebühren
- b. **Haftstrafe**

c. Moralische Auswirkungen

7. Berücksichtigen Sie die folgenden rechtlichen Schritte und geben Sie an, ob ein zivil- oder strafrechtliches Verfahren zur Folge hätte:

- a. Susan scheidet sich von ihrem Mann nach 20 Jahren Ehe (**Zivil**)
- b. Steven parkt an einem Parkverbot (**Keine**)
- c. Sheldon nimmt eine Kopie von Einführung in das Recht aus der Bibliothek mit der Absicht, es zurückzugeben, wenn er seine erste Aufgabe beendet hat, aber dann beschließt er, sie zu behalten (**Kriminell**)

8. Ist Steuerrecht Teil des öffentlichen oder privaten Rechts?

- a. **Öffentliches Gesetz**
- b. Privates Gesetz

9. Ist das Weltraumrecht Teil des öffentlichen oder privaten Rechts?

- A. **Öffentliches Recht**
- B. Privates Recht

9. Ist das Firmengesetz Teil des öffentlichen oder privaten Rechts?

- A. Öffentliches Recht
- B. Privates Recht**

Quellen

1. Chisholm, R., Nettheim, G., & Chisholm, H. (2012). *Understanding Law*. Chatswood, N.S.W.: LexisNexis Butterworths
2. Hall K., *Legislation* (Butterworths 2002)
3. Havelock, R. (2013). Law studies and active learning: friends not foes? *The Law Teacher*, 47(3), 382-403. <http://dx.doi.org/10.1080/03069400.2013.851338>
4. Maine, H. (2012). *Ancient law*. Cambridge [England]: Cambridge University Press.
5. Pound, R. (2016). *An introduction to the philosophy of law*. [s.l.]: Yale University Press.
6. Schulze, R. and Zoll, F., *The Law of Obligations in Europe* (2015)
7. Walston-Dunham, B. (2012). *Introduction to law*. Clifton Park, NY: Delmar Cengage Learning.
8. Williams, G. & Smith, A. *Learning the law*.

2.

Modul 2

Einführung ins europäische Recht

Einführung

Dieses Kapitel soll Ihnen Folgendes bieten:

- Verständnis des Gesetzgebungsprozesses der Europäischen Union (EU)
- ein grundlegendes Verständnis der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)
- Grundkenntnisse über die EU-Institutionen
- ausreichende Kenntnis der Kernbereiche des substanziellen EU-Rechts
- Sensibilisierung für relevante Fragen im EU-Recht



europa.eu/european-union/about-eu/symbols/flag_en

Was ist die EU?

Die Europäische Union ("EU") ist eine Partnerschaft zwischen 28 europäischen Staaten. Es geht auf eine Verpflichtung zwischen Frankreich und Deutschland zurück, stabile wirtschaftliche und politische Beziehungen auf dem Kontinent zu schaffen. Die EU schuf den Euro, eine einheitliche Währung sowie einen Binnenmarkt von über einer halben Milliarde Menschen. Bürger der EU dürfen sich frei von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat bewegen und in dem Mitgliedstaat ihrer Wahl arbeiten und wohnen. Die Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital gehört zu den Grundprinzipien der EU (*9).

Ursprünge der EU

Die EU wurde formell als Ergebnis des Vertrags von Maastricht, offiziell durch den Vertrag über die Europäische Union ("EUV"), am 1. November 1993 geschaffen. Vor der Gründung des Vertrags gab es eine Reihe früherer Verträge, wie den Vertrag von Rom, der zur Einweihung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, einem Vorläufer der derzeitigen Union, führte (*10)

Während die EU ihre Kritiker hatte, die die Union als einen Kompromiss der Souveränität betrachten, wird die überwältigende Mehrheit der transnationalen Körper als ein mächtiges Mittel anerkannt, um das Wirtschaftswachstum in kleineren Nationen zu unterstützen und eine stärkere Kollektivverhandlungsmacht für die Mitglieder auf

globaler Ebene zu schaffen. Im Großen und Ganzen haben die Mitgliedstaaten pragmatische Maßnahmen zur Erhaltung und Erweiterung der EU unterstützt (*11).

9Hallerberg, M. (2002). Introduction. *European Union Politics*, 3(2), 139-150. <http://dx.doi.org/10.1177/1465116502003002001> 10Chalmers, D., Davies, G., & Monti, G. (2012). *European Union Law* (2nd ed., p. 267). Cambridge, UK: Cambridge University Press. 11Hallerberg, M. (2002). Introduction. *European Union Politics*, 3(2), 139-150. <http://dx.doi.org/10.1177/1465116502003002001>

Expansion seit 1993

Im Jahr 1993 war der Europäische Rat ein Vorläufer der EU, die damals aus zwölf Nationen bestand, darunter Dänemark, Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Italien, Griechenland, Portugal, die Republik Irland, die Niederlande, Spanien und das Vereinigte Königreich, vervollständigte die Kriterien für den Beitritt zur EU.

Die drei Kriterien, die jetzt als "Kopenhagener Kriterien" bezeichnet werden, haben jeweils eigene Kriterien:

1) Politisch

Das Kandidatenland muss eine funktionierende demokratische Regierung haben. Dies bedeutet, dass alle Bürger gleichberechtigt an politischen Entscheidungen auf allen Regierungsebenen teilnehmen. Eine Demokratie beinhaltet auch freie Wahlen in geheimer Abstimmung, Pressefreiheit, Freiheit, politische Parteien zu gründen, und andere Rechte.

Gemäß den Anforderungen darf die Regierung nur nach dokumentierten Gesetzen und Verfahren Macht ausüben.

Das Land muss auch strenge Menschenrechtsrichtlinien haben, denen kein Bürger entgehen kann. Das Recht auf Leben, das Recht auf rechtmäßige Verfolgung (gemäß den jeweils geltenden Gesetzen), die Freiheit von Folter und Sklaverei und der Schutz von Minderheiten sind alle in diesem Abschnitt enthalten.

2) Wirtschaftlich

Das Bewerberland muss über eine funktionierende Marktwirtschaft verfügen, die in der

Lage ist, innerhalb der Union wettbewerbsfähig zu sein. Die Länder müssen auch die Euro-Konvergenzkriterien erfüllen.

3) Gesetzgeber

Das Bewerberland muss Gesetze erlassen, die seine eigenen Gesetze mit den Gesetzen der EU in Einklang bringen.

Dies sind zusätzlich zu Regeln, die eine geografische Basis haben.

Seit 1993 ist die EU auf das Dreifache ihrer ursprünglichen Größe angewachsen. 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland der Union bei. Im Jahr 2004 kamen zehn Mitglieder, größtenteils aus dem Sowjetblock, einschließlich Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, der Slowakei und Slowenien sowie Polen und der Tschechischen Republik, hinzu. Zypern gehörte auch zu den zehn Nationen, die 2004 der EU beigetreten sind. Bulgarien, Rumänien und Kroatien sind inzwischen ebenfalls Mitglieder (*12).

Grundsatz der Übertragung

Die Übertragung ist ein EU-Grundsatz, der besagt, dass das Organ nur mit der Autorität handeln darf, die ihm durch Verträge ausdrücklich übertragen wurde. Es ist ein Prinzip, das in ähnlicher Weise wie die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien funktioniert, wobei einzelne Staaten einer Zentralregierung Autorität übertragen. Nach dem Grundsatz der Übertragung ist die EU eine Gesamtheit von Mitgliedsstaaten, was bedeutet, dass die Rechtsfähigkeit und die Gesetze der EU über diese Mitgliedstaaten entschieden werden. Die EU hat nicht die volle Rechtshoheit, so dass sie nur über Befugnisse verfügt, die in ihrer Politik ausdrücklich dargelegt sind. Alles, was nicht im EU-Recht festgelegt ist, liegt strikt im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten. Dies wird in den Artikeln 4 [1] und 5 [2] des VEU erläutert. Die Artikel stellen klar, dass die EU nur in den Grenzen der Macht handelt, die ihnen von den Mitgliedern übertragen wurde. Artikel 4 [1] besagt, dass diese Zuständigkeiten, die der EU nicht durch die Verträge übertragen werden, bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

Weiter heißt es, dass jeder Mitgliedstaat gleich sei und dass die EU ihre individuellen nationalen Identitäten respektieren müsse, die in ihrer Geschichte und ihren grundlegenden Strukturen wie Regierung und Verfassungen sowie dem geographischen Territorium jedes Mitgliedstaates enthalten seien (*13)

12Chalmers, D., Davies, G., & Monti, G. (2012). *European Union Law* (2nd ed., p. 267). Cambridge, UK: Cambridge University Press.

13Tridimas, T. (2007). *The general principles of EC law* (2nd ed.). Oxford: Oxford University Press.

Subsidiaritätsprinzip

Subsidiarität ist ein Grundsatz der EU, der besagt, dass die Union nur dann handeln muss, wenn ihre Ziele von einzelnen Mitgliedstaaten allein nicht ausreichend erreicht werden können. Der Grundsatz der Subsidiarität schützt, ähnlich wie der Grundsatz der Übertragung, die Rechte der Mitgliedstaaten und bestimmt den Umfang der rechtmäßigen Autorität der EU (*14). Der Grundsatz stellt sicher, dass die Mitgliedstaaten ihre eigenen Maßnahmen treffen und ihre eigenen Entscheidungen treffen können, ermächtigt aber die EU, einzugreifen, wenn ein Mitgliedstaat allein aufgrund "des Umfangs und der Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahme kein ausreichendes Ziel erreichen kann." Dieses Prinzip ist wichtig, weil es die Macht nahe bei den Menschen hält und dafür sorgt, dass die EU die Staatsmacht nicht außer Kraft setzt. Maßgebliche Teile der Verträge zum Subsidiaritätsprinzip sind Artikel 5 Absatz 3 EUV und Protokoll (Nr. 2).

Prinzip der Proportionalität

Die Proportionalität ist ein weiterer Grundsatz, der die Befugnisse innerhalb der EU regelt. Im Mittelpunkt steht dabei, dass die Institutionen der EU davon absehen, über die Befugnisse hinausgehend zu handeln. Mit anderen Worten, der Begriff des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes besagt, dass die EU-Organe auf bestimmte Grenzen beschränkt sind. Der in Artikel V der EUV verankerte Grundsatz regelt auch die Zuständigkeiten der EU. Auch hier beschränken sich die Maßnahmen der Europäischen Union auf die Mittel, die zur Erreichung der Vertragsziele erforderlich sind - dies bedeutet, dass die Maßnahmen der EU im Einklang mit ihren Zielen stehen müssen. Die entsprechenden Kriterien sind im Protokoll (Nr. 2) enthalten.

14Foster, N. (2008). *EU law* (1st ed.). Oxford: Oxford University Press.

EU-Recht und Rechtsquellen

Die EU hat ihre eigenen Gesetze und Prinzipien, die in ihren Gründungsverträgen festgelegt sind. Das Gremium kann Rechtsvorschriften verabschieden, denen die Mitgliedstaaten zustimmen und sie einhalten müssen. Eine solche Gesetzgebung ist in drei Kategorien unterteilt: primäre, sekundäre und ergänzende (*15).

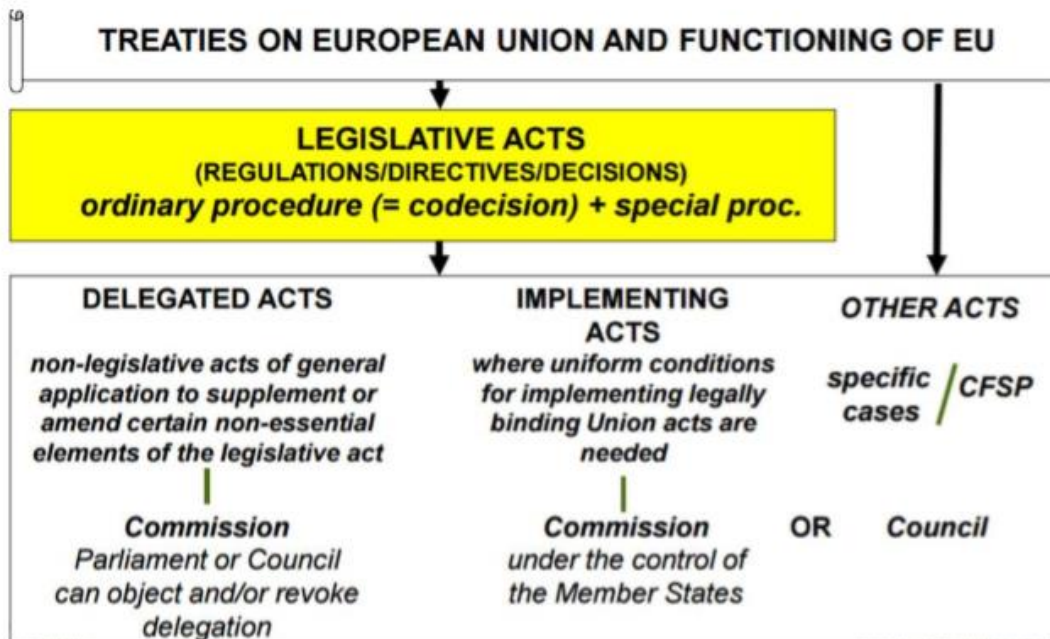
Primäre Gesetzgebung

Die Primärgesetzgebung wird durch die Verträge festgelegt, die die Grundlage für EU-Maßnahmen und -Entscheidungen bilden. Die Verträge legen die Aufteilung von Macht und Zuständigkeit zwischen der Union und den Mitgliedstaaten fest. Das Primärrecht basiert auf Änderungen der EU-Verträge, beigefügten Protokollen zu allen Verträgen und Verträgen mit EU-Mitgliedstaaten, die kürzlich beigetreten sind.

Sekundäre Gesetzgebung

Das Sekundärrecht besteht aus den Grundsätzen der Verträge sowie aus Richtlinien und Verordnungen. Zu den sekundären Quellen gehören auch einseitige sekundäre Gesetze, Konventionen und Abkommen mit anderen Nationen. Einseitige Handlungen sind diejenigen, die in Artikel 288 AEUV aufgeführt sind, und solche, die nicht aufgeführt sind, bei denen es sich jedoch um eingehaltene Mitteilungen und Empfehlungen handelt. Zu den Übereinkommen und Vereinbarungen gehören beispielsweise internationale Abkommen, Abkommen zwischen EU-Organen und Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten.

15Foster, N. (2008). EU law (1st ed.). Oxford: Oxford University Press.



Ergänzendes Recht

Ergänzendes Recht ist nicht in den Verträgen enthalten, sondern umfasst die Rechtsprechung, die allgemeinen Rechtsgrundsätze und das Völkerrecht. Das Ergänzungsgesetz erlaubt Richtern, Lücken zu füllen, die von primären und sekundären Gesetzen hinterlassen wurden. Das Gericht wird bei der Entwicklung neuer EU-Gesetze auch stark vom Völkerrecht beeinflusst.

Abkommen

Ein Abkommen ist ein Vertrag zwischen Nationen. Abkommen werden als wichtiger Bestandteil des Völkerrechts anerkannt. Abkommen werden auch als Briefwechsel, Protokolle, internationale Abkommen, Konventionen oder Pakte bezeichnet. Wie bereits erwähnt, sind Verträge ein wesentlicher Bestandteil der EU. Sie sind die Autorität für alle von der EU ergriffenen Maßnahmen, da sie von allen EU-Mitgliedstaaten genehmigt wurden. Ein Vertrag ist im Kern eine Vereinbarung zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Verträge legen Ziele, Regeln für Institutionen

innerhalb der EU fest und bestimmen Beziehungen zwischen EU-Mitgliedstaaten. Sie können auch geändert werden, um weiterhin gerecht und auf dem neuesten Stand zu sein - dies hilft der EU, effizienter zu werden und bereit zu sein, mehr Mitglieder in die Gemeinschaft aufzunehmen.

Zu den bekanntesten Abkommen zählen:

1. das Fusionsabkommen (oder Brüsseler Abkommen)
2. die einheitliche Europäische Akte
3. die Römischen Verträge: ECC und EURATOM
4. das Abkommen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
5. der Vertrag von Amsterdam
6. der Vertrag von Lissabon
7. der Vertrag von Nizza
8. das Abkommen der Europäischen Union (Maastricht-Vertrag)



https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/flag_en

Regulierungen/Verordnungen

Eine Verordnung ist ein bindendes Gesetz oder eine bindende Vorschrift, die von einer Behörde zur Regulierung von Verhaltensweisen erlassen wurde. Vorschriften gelten in der gesamten EU. In der EU wird eine Reihe von Vorschriften zur Kontrolle und Aufrechterhaltung von Handelsregelungen und -normen angewandt.

Richtlinien

Eine Richtlinie ist ein von der EU beschlossenes Ziel, das alle Mitgliedstaaten erreichen müssen. Die Art und Weise, wie sie das Ziel erreichen, obliegt jedoch jedem einzelnen Staat. Damit eine Richtlinie auf nationaler Ebene in Kraft treten kann, müssen die EU-Länder ein Gesetz verabschieden, um es in nationales Recht umzusetzen. Diese nationale Maßnahme muss die Ziele der Richtlinie erreichen. Die nationalen Behörden müssen diese Maßnahmen der Europäischen Kommission mitteilen (*16). Ein Beispiel für eine EU-Richtlinie ist die Richtlinie zum Verbraucherschutz. Die zentrale Stelle legt die Inhalte und Kriterien der Richtlinie fest, und die Mitgliedstaaten können festlegen, wie die Richtlinie zu erreichen ist. Die Richtlinie kann sich auf versteckte Kosten für Waren beziehen. Die Mitgliedsländer müssen dann mit internen Gesetzen und deren Durchsetzung handeln, um versteckte Gebühren zu beseitigen. Die EU-Länder haben in diesem Prozess einen gewissen Spielraum, so dass sie bestimmte nationale Merkmale berücksichtigen können (*17). Die Aufnahme einer Richtlinie in nationales Recht muss innerhalb der bei der Annahme der Richtlinie festgesetzten Frist erfolgen (in der Regel innerhalb von zwei Jahren).

EU-Grundgesetze und Freiheiten

Eines der bemerkenswerten Merkmale der EU ist die Art und Weise, in der sie zur Verbesserung der persönlichen Freiheiten und der Menschenrechte beigetragen hat.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ("die Charta") ist ein Dokument der EU, das angesichts veränderter sozialer Bedingungen häufig aktualisiert wird. Die Charta enthält die Abschnitte "Würde", "Solidarität", "Freiheiten", "Gleichheit", "Bürgerrechte" und "Justiz" sowie "Allgemeine Bestimmungen".

Einige der in der Charta genannten Gesetze sind das Verbot der Sklaverei, das Klonen von Menschen und die Todesstrafe. Die Charta unterstützt auch persönliche Freiheiten wie Privatsphäre und Gedankenfreiheit in Fragen der Religion, Sprache, Versammlung und Asyl.

Die Charta präzisiert die verschiedenen Rechte und Freiheiten, die der Präzedenzfall des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH), nämlich die Rechtsprechung des EuGH, gegeben hat; die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die damit verbundenen Rechte; sowie andere Rechte, die durch internationale Instrumente und konstitutionelle Gemeinsamkeiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.

16<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:l14527>
17<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:l14527>

Die Charta ist ein sehr aktuelles Dokument. Sie enthält Bestimmungen für die so genannten Grundrechte der "dritten Generation", darunter Garantien für Bioethik; Datenschutz; und transparente Verwaltung. Darüber hinaus arbeitet es im Rahmen der Grundsätze der Solidarität und der Verhältnismäßigkeit. Daraus folgt, dass seine Bestimmungen wie das Diskriminierungsverbot für die EU-Organe relevant sind. Die Mitgliedstaaten behalten weiterhin die Freiheit, ihre eigenen spezifischen internen Regulierungssysteme zu entwickeln (*18).

Zusammenfassung

Es ist von größter Bedeutung für jeden, der die Gesetze Zyperns und seines Rechtssystems verstehen will, etwas über das europäische Recht zu verstehen. Die Europäische Union ist eine große und angesehene Union von Ländern und Staaten, die ihre eigenen europäischen Gesetze hat, an die sich alle Mitgliedstaaten halten. Die Struktur des EU-Rechts ist recht komplex, aber um es zusammenzufassen: Die Gesetze der Europäischen Union sind für alle Mitgliedstaaten verbindlich, so dass sich die nationalen Gesetze nicht gegen sie richten können. Durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union werden den Bürgern auch Rechte und Zugang zu Gerichten gewährt, so dass sie vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen ihre eigenen Länder erheben können.

18Horspool, M. & Humphreys, M. (2011). European Union law (5th ed., p. 167). Oxford: Oxford University Press

Quiz

1. Was sind die Arten von Rechtsvorschriften?

- a. **Primär und sekundär**
- b. Vom Richter erlassene Gesetze
- c. Primär und ergänzend
- d. Primäre, sekundäre und ergänzende Gesetze

2. Nennen sie die Quelle des europäischen Rechts

- a. Englisches Recht
- b. Abkommen
- c. Amerikanisches Recht

3. Sind die Mitgliedstaaten durch europäisches Recht über nationale Gesetze gebunden?

- a. Ja
- b. **Nein**

4. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit besagt:

- a. **dass EU-Institutionen auf bestimmte Grenzen beschränkt sind**
- b. dass die EU-Länder die Freiheit haben, außerhalb des europäischen Rechts zu handeln

5. Eine Richtlinie muss klar identifizierbare Rechte für Einzelpersonen haben

- a. **Wahr**
- b. Falsch

6. EU-Richtlinien gelten automatisch für das nationale Recht

- a. **Wahr**
- b. Falsch

7. EU-Regulierungen gelten automatisch für das nationale Recht

- a. **Wahr**
- b. Falsch

8. In welchem Dokument finden sie die Kern-Elemente der EU?

- a. **Der Vertrag von Maastricht**
- b. *Die römischen Verträge*
- c. Das Menschenrechtsgesetz
- d. **Die Charta der Grundrechte**

9. Wie lange haben Staaten normalerweise Zeit, um eine Richtlinie zu adoptieren?

- a. 1 Monat
- b. 5 Monate
- c. 1 Jahr
- d. **2 Jahre**

10. Das Prinzip der Subsidiarität bedeutet:

- a. Inhalt und Form der EU-Maßnahmen dürfen nicht über das hinausgehen, was zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderlich ist
- b. **in Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, handelt die EU nur dann, wenn und soweit die Ziele der vorgeschlagenen Maßnahme von den Mitgliedstaaten nicht in ausreichendem Maße erreicht werden können**
- c. Die EU handelt nur im Rahmen der ihr von den Mitgliedstaaten übertragenen Befugnisse

Quellen

1. Brown, L. & Kennedy, T. (2000). *The Court of Justice of the European Communities* (5th ed.).

London: Sweet & Maxwell

2. Chalmers, D., Davies, G. & Monti, G. (2012). *European Union Law* (2nd ed., p. 267).

Cambridge, UK: Cambridge University Press

3. Craig, P. & De Búrca, G. (2011). *EU law* (2nd ed.). Oxford: Oxford University Press

4. Foster, N. (2008). *EU Law* (1st ed.). Oxford: Oxford University Press

5. Horspool, M. & Humphreys, M. (2011). *European Union Law* (5th ed., p. 167).
Oxford: Oxford

University Press

6. Tridimas, T. (2007). *The general principles of EC law* (2nd ed.). Oxford: Oxford
University Press

29 | Page

7. Wetherill, S. & Beaumont, P. (1999). *EU Law* (3rd ed.). London, England: Penguin
Books